

Beschluss (vorläufig; Stand: 29.05.2009)

Bundestagswahlprogramm 2009

Kapitel 14

Eine Welt. Eine Vision. Unsere europäische und globale Verantwortung

Manchmal vergessen wir es: Wir leben alle in der Einen Welt, auch wenn wir in unterschiedlichen Welten aufwachsen. Kurzsichtige Interessenpolitik und ungerechte Wirtschaftsbeziehungen spalten die Welt in Verlierer und Gewinner. Ein grüner Neuer Gesellschaftsvertrag verpflichtet uns, zu helfen, diese Spaltung zu überwinden. Wir in den Industrieländern müssen aufhören, auf Kosten der Armen dieser Welt zu leben. Erstmals in der Menschheitsgeschichte sind eine Milliarde Menschen chronisch unterernährt. Ob Klimawandel oder Konkurrenz um Ressourcen, Fisch, Holz oder Land, ob Finanzkrise oder Hunger, ob zerfallende Staaten oder Aufrüstung, keines dieser globalen Risiken betrifft uns nicht. Keines dieser Risiken und der aus ihnen erwachsenden Gefahren kann von einem Land allein bewältigt werden. Frieden und Sicherheit, Gerechtigkeit und Klimaschutz gibt es in unserer vernetzten Welt nur gemeinsam.

Der Neue Gesellschaftsvertrag muss ein globaler sein. Er setzt auf Kooperation, Dialog und fairen Interessenausgleich: zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd. Ein so verstandener kooperativer Multilateralismus bedarf starker Institutionen im Rahmen der Vereinten Nationen.

Es gibt viel zu tun, damit alle Regionen die Chance haben, sich zu entwickeln und jeder Mensch die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben hat, frei von Furcht, von Not und mit der Freiheit, in Würde zu leben: Wir wollen verantwortliches Regieren international fördern und die demokratische Zivilgesellschaft stärken. Wir wollen die internationale Zusammenarbeit auf eine neue Basis stellen in der sich alle entfalten können. Es sollten besonders die Stimmen der Armen Gehör finden. Konflikte sollen zivil gelöst werden und Prävention statt Eskalation das Handeln bestimmen.

Um die Globalisierung gerecht zu gestalten, brauchen wir mehr Kooperation, mehr zivilgesellschaftlichen Austausch, mehr global zustimmungsfähige politische, ökologische und ökonomische Regeln und bessere und effektivere Institutionen. Armutsbekämpfung, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Klimaschutz und eine neue Energiepolitik müssen dabei zu Schlüsselprojekten globaler Zusammenarbeit werden. Das schafft Sicherheit.

Globale Gerechtigkeit kann nur gelingen, wenn die Wohlhabenden auf dieser Welt bereit sind, ihren Lebensstil zu verändern. Der Zugriff auf die knappen Ressourcen unserer Erde muss geregelt und fair geteilt werden. Gerade auch deshalb plädiert der grüne Neue Gesellschaftsvertrag für einen nachhaltigen Lebensstil, der die Natur schützt, allen Menschen eine selbstbestimmte und menschenwürdige Teilhabe am wirtschaftlichen Leben ermöglicht und gleichzeitig im Prozess des Umbaus neue wirtschaftliche Dynamik in Industrie- und Entwicklungsländern schafft.

Auf dem Weg zu einer besseren Welt ist und bleibt ein geeintes Europa grundlegend. Um mehr Klimaschutz, mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit, mehr Menschenrechte und mehr Frieden zu erreichen, müssen wir die Idee Europas erneuern und die EU stärken. Für den globalen Klimaschutz ist es entscheidend, dass die europäischen Staaten gemeinsam und mit ehrgeizigen Zielen vorangehen. Frieden und Menschenrechte brauchen ein Europa, das sich in die Weltpolitik einmischt und sich glaubwürdig für die Durchsetzung der Menschenrechte einsetzt. Eine gerechte Globalisierung braucht eine Europäische Union, die enger zusammenrückt ohne sich abzuschotten. Die institutionelle Krise Europas sollte uns nicht dazu verleiten, den Kopf in den Sand zu stecken, sondern neue Ideen und neue Kraft zu schöpfen. Der Lissabon-Vertrag mit seinen institutionellen Reformen wie der Schaffung einer Außenministerin oder eines Außenministers stärkt auch die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU. Wir brauchen eine starke, demokratische EU – für eine bessere Welt. Deshalb halten wir am Ziel einer echten Verfassung für Europa fest.

Europa schafft Frieden

Wir kämpfen für eine starke Europäische Union als globale Akteurin, die bei den Menschenrechten vorangeht, zur Vorreiterin beim Klimaschutz und bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen wird und für den Frieden in der Welt eintritt. Deshalb unterstützen wir die Entwicklung einer wirklichen gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, die auf die UN-Charta verpflichtet ist und von einem europäischen Außenminister/einer Außenministerin vertreten wird, wie sie/er im Lissaboner Vertrag vorgesehen ist. Die EU muss ihre vielfältigen Instrumente besser aufeinander abstimmen. So dürfen entwicklungspolitische Anstrengungen nicht durch eine verfehlte europäische Handelspolitik konterkariert werden. Bestandteil jeglicher Politik der EU muss die Förderung von Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit sein

Eines der erfolgreichsten friedenspolitischen Instrumente der Europäischen Union ist die Erweiterungspolitik. Sie hat den Weg vieler Staaten in stabile Demokratien maßgeblich unterstützt. Wir Grünen unterstützen die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei. Der Weg der Türkei in die EU ist ein Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Region und zur Demokratisierung der Türkei. Eine besondere Verantwortung trägt die EU für den westlichen Balkan. Wir Grünen wollen eine Heranführung dieser Staaten an die EU, das heißt Visafreiheit und das heißt Wirtschafts- und Umweltpartnerschaften aufbauen. Es liegt auch in unserem Interesse, dass sich unsere Nachbarn weiterentwickeln können. Dazu hat die EU die Europäische Nachbarschaftspolitik geschaffen, die wir Grüne weiter ausbauen wollen. Wir wollen im Rahmen einer engeren Kooperation und gleichwertigen Partnerschaft eine Nachbarschaftspolitik, die eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale, demokratische und ökologische Entwicklung in den Nachbarländern fördert.

Die Europäische Union muss zum Wegbereiter eines kooperativen Multilateralismus werden. Deshalb wollen wir die EU zu einer handlungsfähigen Zivilmacht ausbauen, die ihre Stärke in den Dienst der Vereinten Nationen stellt und einen wichtigen Beitrag zur Krisenprävention und zur kollektiven Friedenssicherung leistet. Dafür sind institutionelle Reformen notwendig. Wir brauchen ausgewogene Fähigkeiten zur kollektiven Friedenssicherung. Den weiteren Ausbau militärischer Kapazitäten auf europäischer Ebene akzeptieren wir nur, wenn dies mit Begrenzung und sukzessivem Abbau nationaler Kapazitäten einhergeht. Besonders die zivilen Instrumente zur Krisenprävention müssen gestärkt werden. Dafür wollen wir eine Europäische Friedensagentur und ein Europäisches Ziviles Friedenskorps aufbauen – und einen europäischen Zivilen Friedensdienst, der die Friedensentwicklung von "unten" fördert.

Klimaschutz und globale Gerechtigkeit

Die Klimazerstörung lässt sich nur aufhalten, wenn die Industrieländer ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Folgen des Klimawandels treffen schon heute die Entwicklungsländer, die am wenigsten dazu beigetragen haben, am härtesten. Allein in Afrika werden bis 2020 voraussichtlich 250 Millionen Menschen unter Wassermangel leiden. Wir setzen uns für ein "Kyoto-Plus"-Abkommen ein: ein völkerrechtlich verbindliches, weltweites Klimaregime, das die Halbierung der globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 sicherstellt. Dazu müssen die Industrieländer vorgehen und ihre Emissionen um mindestens 80 Prozent verringern. Damit aber Entwicklungsländer eine faire Chance auf nachhaltiges Wachstum haben, müssen Klimapolitik und das Recht auf Entwicklung bei den konkreten Reduktionszielen in Einklang gebracht werden. Hier ist ein weltweit organisierter Emissionshandel ein geeignetes Instrument. Der Wissens- und Technologietransfer bei Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in die Entwicklungs- und Schwellenländer ist entscheidend und muss stärker gefördert werden. Auch die ärmsten Länder müssen zu diesen Technologien Zugang haben. Die Investitionen der Weltbank und von Einzelstaaten dürfen nicht länger in die Förderung fossiler Energieformen, sondern müssen in den Ausbau Erneuerbarer Energien gesteckt werden. Auch mit den Kosten der Anpassung an den Klimawandel dürfen wir die Entwicklungsländer nicht allein lassen. Die Industrieländer müssen hier als wichtigste Verursacher Verantwortung übernehmen. Wir stehen für eine aktivierende Klimapartnerschaft. Aber um einen gefährlichen Klimawandel wirklich zu verhindern, muss auch über einen Umbau der Gesellschaften nachgedacht werden - mit einem 'weiter so' ist es nicht getan. Wir wollen in Deutschland inklusiv und umfassend eine Debatte darüber anstoßen, wie wir unseren Teil beitragen können: verantwortungsbewusst und solidarisch.

Der Ressourcen Hunger der Industrie- und Schwellenländer ist für die Konflikte auf unserem Globus mit verantwortlich. Die gerechte Regelung des Zugangs zu Energie und der Nutzung von natürlichen Ressourcen – ganz besonders zu genügend sauberem Wasser – ist ein Beitrag aktiver Friedenspolitik, genauso wie unsere Politik, die darauf setzt, wo immer es geht, endliche Rohstoffe durch erneuerbare zu ersetzen. Viele Menschen, gerade in ressourcenreichen Ländern des Südens, leiden unter dem Kampf um knappe Rohstoffe. Ressourcenreichtum erweist sich immer wieder als Ressourcenfluch. Der Handel mit Rohstoffen darf nicht zu Lasten von Menschenrechten gehen. Die Förderung von Rohstoffen muss an Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Menschenrechte in den Exportländern gebunden werden. Zur Bekämpfung der Korruption im Rohstoffsektor unterstützen wir verbindliche internationale Transparenz- und Kontrollinitiativen.

Fairer Welthandel

Eine gerechte Welthandelsordnung ist zentraler Baustein des Neuen Gesellschaftsvertrags. In der Agenda der Welthandelsorganisation (WTO) darf nicht länger die Handelsliberalisierung einseitig im Zentrum stehen. Wir wollen vielmehr anerkannte Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards verankern, statt diese durch die WTO in Frage zu stellen. Wir setzen uns im Rahmen der UN dafür ein, dass die Handels-, Klima-, Umwelt- und Entwicklungspolitik besser auf einander abgestimmt werden.

Das Recht auf Nahrung ist Menschenrecht, das auch durch verbindliche Regeln des Welthandels durchgesetzt werden muss. Klimawandel und Finanzkrise haben den Welthunger dramatisch verschärft. Die Agrarpolitik der EU ist dafür mitverantwortlich. Sie betreibt bis heute eine Politik der Exportsubventionen für Nahrungsmittel. Mit Dumpingpreisen wird die Landwirtschaft in vielen weniger entwickelten Ländern ruiniert und die Länder langfristig in eine Abhängigkeit von Importen gedrängt. Das hat schwerwiegende Folgen für die ländliche Entwicklung in den Entwicklungsländern. Als EU-Mitglied ist Deutschland wichtiger Mitgestalter dieser Agrarpolitik.

Wir setzen uns dafür ein, dass handelsverzerrende EU-Agrarsubventionen, vor allem die Exporterstattungen, so schnell wie möglich beendet werden. Entwicklungsländer müssen das Recht erhalten, sich gegen Agrarimporte zu schützen. Außerdem wollen wir im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker die nachhaltige ländliche Entwicklung - allen voran die KleinbäuerInnen - fördern.

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Menschen in Entwicklungsländern müssen einen Zugang zu preiswerten lebensnotwendigen Medikamenten haben. Dies darf nicht durch einen überzogenen Patentschutz behindert werden. Wir setzen uns deshalb für eine Neuverhandlung des WTO-Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte am geistigen Eigentum (TRIPS-Übereinkommen) ein. Vor allem bei der Produktion von Nahrungsmitteln und bei der Produktion von lebenswichtigen Medikamenten brauchen die Entwicklungsländer deutlich mehr Spielraum. Es muss mehr in die Entwicklung von Medikamenten gegen HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria sowie gegen weitere vernachlässigte Krankheiten investiert werden. Industrieländer müssen aufhören, durch gezielte Abwerbung von Gesundheitsfachkräften die Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern weiter zu schwächen. Außerdem ist ein größeres Engagement zur Stärkung der Gesundheitssysteme und zur Unterstützung der Gesundheitsfachkräfte in ärmeren Ländern notwendig.

Gerade angesichts der Finanzkrise dürfen die Finanzmärkte nicht im Rahmen des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS dereguliert werden. Entwicklungsländern dürfen keine Freihandelsabkommen aufgedrängt werden, die die nachhaltige Entwicklung von aufkommenden Industrien und der Landwirtschaft von Entwicklungsländern unterminieren. So werden die von der Bundesregierung mitgetragenen Freihandelsabkommen (EPAs) der EU mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks den Entwicklungsbedürfnissen nicht gerecht.

Internationale Abkommen, die Preise für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe auf fairem Niveau stabilisieren, sind entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg von Entwicklungsländern. Eine ökologisch-solidarische Welthandelsordnung wie wir sie anstreben ist das Gegenteil des "Rechts des Stärkeren". Fairer Handel und Qualitätssiegel auf höchstem Niveau zum Schutz von Mensch und Umwelt sind Ziel grüner Politik. Umweltabkommen wie das Übereinkommen über die biologische Vielfalt müssen uneingeschränkt Vorfahrt vor Handelsregeln haben.

Auch transnationale Unternehmen, Banken, Fondsgesellschaften und Pensionsfonds müssen Verantwortung tragen und an verbindliche Menschenrechts- und Umweltstandards gebunden werden. Wir setzen uns für die Reform der Außenwirtschaftspolitik ein, um diese ökologischer und entwicklungsverträglicher zu gestalten. Wir wollen mehr Transparenz, die Sicherung hoher internationaler Umweltstandards und einen besseren Schutz der Menschenrechte bei der Vergabe von Exportkreditbürgschaften (Hermesbürgschaften).

Entwicklungszusammenarbeit stärken. Weltfinanzsystem reformieren.

Wir wollen die Millenniums-Entwicklungsziele der UN schnellstmöglich umsetzen und kämpfen weiter dafür, Armut und Hunger in der Welt bis 2015 wenigstens zu halbieren. Dafür müssen die OECD-Länder endlich wie bereits 1970 vereinbart bis 2015 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen und besonders die Partnerschaft mit Afrika intensivieren. Wir wollen innovative Finanzierungsinstrumente wie die Finanzumsatzsteuer und die Flugticketabgabe einführen.

Wir wollen unter Federführung eines eigenständigen Entwicklungsministeriums sowohl die bilateralen als auch die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ausbauen, effizienter machen und stärker an den Bedürfnissen der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen in den Partnerländern ausrichten. Besonders in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, ländliche Entwicklung, in der zivilen Konfliktprävention und beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme sind größere Anstrengungen

nötig. Die Zusammenlegung staatlicher Durchführungsorganisationen zu einer bundeseigenen Entwicklungsagentur muss endlich in Angriff genommen werden. Zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Partnerländer soll die Budgethilfe in der Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung gewinnen. Sie muss an verbindliche Vereinbarungen geknüpft werden, die auch eine menschenrechtliche Agenda umfassen. Partnerländer brauchen verstärkt Unterstützung beim Aufbau transparenter und demokratisch legitimierter staatlicher Institutionen, auch um über funktionierende Steuersysteme zunehmend eigene finanzielle Einnahmen generieren zu können. Neben der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir Nichtregierungsorganisationen und kirchliche Hilfswerke verstärkt fördern. Die humanitäre Hilfe muss an den Bedürfnissen der von Krisen und Naturkatastrophen betroffenen Menschen ausgerichtet und stärker mit der Entwicklungszusammenarbeit verzahnt werden.

Für eine gerechte Globalisierung brauchen wir bessere Institutionen. Der exklusive Club der G8 ist für einen fairen Interessenausgleich nicht geeignet. Die G20 sind zwar repräsentativer, schließen allerdings weiterhin viele Länder von der Willensbildung aus. Wir begrüßen daher Initiativen, die daraufhin wirken, dass alle Teile der Welt an einem Global Governance System angemessen teilhaben. Dazu gehören die Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen und die Vorschläge der von VN-Generalsekretär Ban Ki Moon eingesetzten Stiglitz-Kommission. IWF und Weltbank müssen dringend demokratisiert werden. Langfristig müssen alle zentralen Institutionen globaler Koordination und Regulierung unter das Dach der Vereinten Nationen gebracht werden.

Der Umgang mit den globalen ökonomischen Ungleichgewichten muss geregelt, ihrer Entstehung effektiver entgegengewirkt werden. Dies geht nur über einen globalen Prozess der makroökonomischen Koordinierung und einer Reform des internationalen Währungssystems. Der IWF hat in der Vergangenheit als Brandstifter agiert und sich anschließend geweigert, beim Löschen zu helfen. Soll er seine Daseinsberechtigung nicht völlig verlieren, muss er zu einem Feuerwehrmann im globalen Finanzsystem werden. Langfristig muss der IWF zu einem internationalen „lender of last resort“ umgebaut werden.

Für einen wirtschaftlichen Neuanfang der ärmsten Länder sind Entschuldungsinitiativen und die Streichung der illegitimen Schulden unerlässlich. Wir setzen uns auch für die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts für überschuldete Staaten ein.

Die Vereinten Nationen reformieren und stärken

Die Vereinten Nationen sind für grüne Außenpolitik der zentrale Bezugsrahmen einer internationalen Ordnung. Nur dort sind alle Regionen und nahezu alle Staaten und Völker vertreten. Das verleiht der UN eine hohe Legitimität, auch wenn nach wie vor zu viel Machtpolitik das Tagesgeschäft beherrscht. Wir setzen auf eine Weltgesellschaft, in der nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts regiert. Dazu müssen die UN reformiert werden. Wir brauchen eine gerechtere Zusammensetzung des Sicherheitsrates und wollen die Vetomöglichkeiten abschaffen, die nur dazu führen, dass einige wenige Mächte ihre partikularen Interessen durchsetzen können und dabei wichtige Entscheidungen blockieren. Wir setzen uns für einen gemeinsamen europäischen Sitz im Sicherheitsrat ein. Die Ächtung des Krieges durch das Völkerrecht und das Friedensgebot unseres Grundgesetzes sind zivilisatorische Errungenschaften, die GRÜNE verteidigen. Deshalb wollen wir die Fähigkeiten der Vereinten Nationen zur zivilen Krisenprävention und zur kollektiven Friedenssicherung ausbauen. Dafür müssen Deutschland und die EU sowohl die UN als auch Regionalorganisationen, insbesondere die OSZE, institutionell, personell und finanziell stärken. Die NATO bleibt als Klammer transatlantischer Sicherheitskooperation relevant, aber gerade hier sind politische Reformen unerlässlich, damit die NATO mittelfris-

tig in eine kooperative Sicherheitsarchitektur überführt wird, die auf dem Prinzip des Friedens und gemeinsamer Sicherheit basiert. Den Ausbau der NATO zu einer Weltpolizei lehnen wir ab.

Verantwortung zum Schutz von Menschenrechten

Bei Menschenrechtsverletzungen darf es keinen Rabatt geben, weder wegen wirtschaftlicher, politischer noch angeblicher religiöser Interessen. Doppelte Standards lehnen wir strikt ab. Menschenrechte gelten für alle Menschen, überall und jederzeit. Sie sind unteilbar. Jeder Infragestellung treten wir entschieden entgegen. Millionen von Menschen kämpfen weltweit täglich um ihr Überleben, gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Krieg, Hunger und Verwüstung. Damit finden wir uns nicht ab. Wir wollen die Ursachen von Angst, Not, Unfreiheit und Gewalt bekämpfen und nicht bei den Symptomen stehen bleiben. Deshalb ist unsere gesamte Politik an den Menschenrechten ausgerichtet. Wir setzen uns insbesondere ein gegen Folter, Todesstrafe, willkürliche Verhaftungen und gegen Rassismus, Versklavung, sexuelle Ausbeutung und Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechtes oder der sexuellen Orientierung. Grüne Menschenrechtspolitik erschöpft sich nicht in dem wichtigen Einsatz für einzelne Verfolgte, sondern setzt auf Dialog und drängt auf strukturelle Verbesserungen, für die Verwirklichung der Menschenrechte hier und an anderen Orten der Welt. Mit autoritären Regimen darf es keinen Schulterchluss geben. Damit Menschenrechte auch wirklich durchgesetzt und kontrolliert werden können, müssen die internationalen Menschenrechtsinstitutionen der UN, des Europarats, der EU und der OSZE gestärkt werden. Der Internationale Strafgerichtshof ist ein Meilenstein für die Bekämpfung der Straflosigkeit von Menschenrechtsverbrechen. Wir wollen ihn weiter stärken und setzen uns dafür ein, dass die Tatbestände, die er verhandeln kann, ausgeweitet werden. Eine Fortentwicklung des Völkerrechts im globalen Dialog ist notwendig, wie etwa durch die auf dem Weltgipfel 2005 beschlossene "Responsibility to Protect". Wir müssen Konzepte für wirksame völkerrechtliche Schutzmechanismen entwickeln: Wo ein Staat seine BürgerInnen vor Völkermord oder schwersten Menschenrechtsverletzungen nicht schützen kann oder will, stehen die UN in der Verantwortung und ist als einzige legitimiert, über die Ausgestaltung eines Mandats und die Mittel zu entscheiden. Die Schutzverantwortung ist zu allererst eine Verantwortung zur Prävention und kennt weder einen Automatismus zur humanitären Intervention noch gar einen Freibrief zum Krieg. Sanktionen sind an völkerrechtlich verbindliche Regeln gebunden.

Vorrang für Zivil

Der Vorrang der zivilen Krisenprävention entspricht unserer Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt. Ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit ist ohne Sicherheit nicht möglich. Aber Militär kann Frieden nicht selbst schaffen, sondern bestenfalls Spielräume für politische Konfliktlösungen öffnen und offenhalten. Anstatt nur kurzfristig Brände zu löschen, ist es nötig, Gewaltursachen frühzeitig zu erkennen und anzugehen. Das heißt vor allem auch, unsere eigene nationale Politik darauf zu prüfen, inwiefern sie Konflikte schürt. Ob zivil oder in Uniform – alle, die in Kriseneinsätzen Leben und Gesundheit riskieren, sollen gut ausgebildet und ausgerüstet, umfassend versichert und medizinisch und psychologisch versorgt werden. GRÜNE wollen Frieden gestalten und Friedenschancen nutzen. Wir wollen das Gebot der Gewaltfreiheit in praktische Politik übersetzen und dafür die zivile Krisenprävention massiv ausbauen. Zur Stabilisierung von Krisenregionen ist zivile Konfliktbearbeitung heute wichtiger denn je. Die große Koalition aber unternimmt keine Anstrengungen, die Fähigkeiten zur Krisenprävention zu verbessern. Im zivilen und polizeilichen Bereich gibt es erheblichen Nachholbedarf. Ohne die nötigen Mittel, bessere Strukturen, mehr Personal und einen schnell einsatzfähigen ExpertInnenpool für Polizei-, Justiz- und Verwaltungsaufbau ist die Endlosigkeit von Militäreinsätzen vorprogrammiert. Wir wollen den Rückstand im zivilen Bereich abbauen, den Aktionsplan "Zivile Krisenprä-

vention" realisieren und weiterentwickeln und mit einem zivilen Entsendegesetz den Einsatz ziviler Fachkräfte erleichtern. Die Förderung lokaler friedensbereiter Kräfte und regionaler Organisationen vor Ort ist ein Schlüssel für Befriedungsprozesse. Der ständige Dialog mit unabhängiger Friedensforschung, internationalen und deutschen Nichtregierungsorganisationen und Friedensgruppen erleichtert die Früherkennung und Deeskalation von Konflikten und schärft den Blick auf eigene Defizite.

Ein nicht zu unterschätzender Baustein für den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Kräften ist auch eine erleichterte und bezahlbare Visavergabe - gerade für jüngere Menschen. Internationaler Austausch und das Erleben funktionierender Demokratie können in den Herkunftsländern wichtige Impulse zur gesellschaftlichen Öffnung bedeuten. Die von den großen Volksparteien verfolgte doppelzüngige Politik, einerseits Zivilgesellschaften in autoritären Staaten unterstützen zu wollen und andererseits ihnen den Austausch mit Partnerorganisationen in Deutschland zu erschweren, wollen wir so beenden.

Ohne Geschlechtergerechtigkeit gibt es keinen Frieden

Der Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen messen wir eine hohe Priorität zu. Frauen tragen weltweit wesentlich zur Verhinderung von gewalttätigen Auseinandersetzungen und zur Konfliktbewältigung bei, sie sind Schlüsselakteurinnen für den Wiederaufbau und haben eine zentrale Rolle für die Versöhnungsarbeit. Frauen sind aber auch die Hauptleidtragenden gewalttätig ausgetragener Konflikte. In Kriegen wie im Kongo oder in Darfur sind Frauen und Mädchen systematisch Massengewalt ausgesetzt. Sexualisierte Gewalt wird als Kriegswaffe eingesetzt. Ohne Frauen auf allen Ebenen und in allen Fragen der Krisenprävention und Konfliktbewältigung einzubeziehen, ist kein Frieden zu machen. Die UN-Resolutionen 1325 und 1820 zur Förderung der Partizipation von Frauen, zur Stärkung der Rechte und zum Schutz von Frauen gegen die vielfältigen Formen von Gewalt müssen deshalb konsequent durchgesetzt werden. Der Infrastrukturausbau für die Versorgung traumatisierter Frauen muss konsequent verfolgt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass geschlechtersensible Ansätze in der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik umgesetzt werden und wollen für die Gestaltung einer geschlechtergerechten Außen- und Sicherheitspolitik einen nationalen Aktionsplan und sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene Monitoringstellen institutionalisieren. Wir brauchen dringend eine Aufwertung des UN-Frauenrechtskonventionsausschusses und seiner Instrumente.

Enge Grenzen und klare Regeln für Auslandseinsätze

Die Anwendung militärischer Gewalt ist unabhängig vom Ziel immer ein großes Übel und muss, wenn irgend möglich, vermieden werden. Uns Grünen fiel es in der Vergangenheit nicht leicht, anzuerkennen, dass es Situationen gibt, in denen zur Eindämmung von Gewalt und zur kollektiven Friedenssicherung der Einsatz von Militär geboten sein kann. Wir haben in unserer Partei darüber lange und intensiv diskutiert, aus den Erfahrungen mit Militäreinsätzen gelernt und um die Bedingungen gerungen, unter denen ein Auslandseinsatz der Bundeswehr verantwortbar sein kann. Der Einsatz von Streitkräften ist nur zu rechtfertigen, wenn er als äußerstes Mittel im Rahmen der UN-Charta völkerrechtlich legal, vom Gesamtansatz her aussichtsreich und hinsichtlich der Risiken verantwortbar ist. Öffentliche Begründungen und tatsächliche Beweggründe müssen übereinstimmen. Für jeden Auslandseinsatz muss es ein völkerrechtliches und parlamentarischer Mandat, klare Einsatzregeln und die Einbettung in eine politische Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung geben. Die politischen Ziele müssen klar definiert, realistisch und überprüfbar sein. Auslandseinsätze dienen der Politikunterstützung und dürfen nicht zum Politikersatz werden. Sie sollen nicht ein spezifisches Gesellschaftssystem überstülpen. Das Handeln

von SoldatInnen in Auslandseinsätzen muss vorbehaltlos an die Grund- und Menschenrechte gebunden sein. Für geheimhaltungsbedürftige Einsätze benötigt der Bundestag bessere Kontrollrechte. Wir wollen die parlamentarische Kontrolle für Einsätze ausbauen und stärken. Angesichts der Vernachlässigung der zivilen Dimension von Krisenengagements wollen wir bei Bundestagsmandaten zu Auslandseinsätzen, dass die notwendigen zivilen Aufgaben und Fähigkeiten mit beschlossen werden. Die Militärbasen ausländischer Streitkräfte dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden.

Neue Strategien für Afghanistan

Wir Grüne stehen zur Verantwortung für Afghanistan und zu einem Engagement, das den Aufbau des Landes in den Mittelpunkt stellt. Doch die bisherige Strategie mit der Dominanz militärischer Lösungen führt in die Sackgasse und nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit. Ein militärisch verstandener "Krieg gegen den Terror" ist nicht zu gewinnen. Nicht nur die Obama-Administration steht in der Pflicht, einen Strategiewechsel in Afghanistan einzuleiten. Dieser muss nun auch von der deutschen Bundesregierung vorangetrieben werden. Die Operation "Enduring Freedom" und kontraproduktives militärisches Vorgehen müssen sofort beendet werden. Stattdessen muss der Schutz der Bevölkerung höchste Priorität haben und die Spirale der Gewalt unterbrochen werden. Notwendig ist eine gemeinsame, abgestimmte Strategie und eine bessere Koordination der internationalen Gemeinschaft. Vorrang müssen zivile Antworten haben. Besonders beim Polizei- und Justizaufbau muss Deutschland im Rahmen der EU Missionen endlich mehr tun, damit die Menschen in Afghanistan auch in der Lage sind, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Deshalb machen wir GRÜNE weiterhin unsere Zustimmung zum ISAF-Mandat davon abhängig, ob ein ernstgemeinter Strategiewechsel stattfindet. Der zunehmend riskante Bundeswehreinsatz ist nur dann weiter zu verantworten, wenn der Kurswechsel energisch umgesetzt wird. Das Zeitfenster für einen solchen Strategiewechsel ist nicht unbegrenzt. Bloße Mandatsverlängerungen mit unklaren politischen Zielvorstellungen widersprechen dem Ernst der Lage. Deshalb ist für uns Grüne klar, dass jetzt die Chance für einen neuen Aufbruch in der Afghanistanpolitik ergriffen werden muss. Es muss eine selbsttragende Entwicklung in Afghanistan erreicht werden, die es ermöglicht, die internationalen Truppen schrittweise abzuziehen.

Freiwilligenarmee im Dienst der Vereinten Nationen

Die Bundeswehr muss europatauglicher und UN-fähiger werden. Wir wollen die Bundeswehr auf 200.000 Soldaten und Soldatinnen verkleinern, die Wehrpflicht abschaffen, den Zivildienst umwandeln und die Freiwilligendienste ausbauen. In der Bundeswehr wollen wir einen freiwilligen militärischen Kurzdienst von 12 bis 24 Monaten einführen, der Männern und Frauen offen steht. Die Bundeswehr soll eine Freiwilligenarmee im Auftrag des Parlamentes werden. Ihre Kernaufgabe in internationalen Einsätzen ist es, zu stabilisieren und zu schützen, um nicht kämpfen zu müssen. Militärischen Abenteuer wie dem Irak-Krieg, Ressourcenkriegen oder Bundeswehreinsätzen im Innern erteilen wir eine Absage. Die Bundeswehr muss zur Hauhaltskonsolidierung, Rüstungskontrolle und Abrüstung beitragen und auf Standorte wie das "Bombodrom" bei Wittstock unverzüglich verzichten. Auch Luft-Boden-Übungsplätze wie Nordhorn-Range und Siegenburg sind verzichtbar.

Noch immer gibt die Bundeswehr Milliarden von Euro für Rüstungsprojekte aus, denen Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges und eine nationale Industriepolitik zu Gunsten deutscher Rüstungsfirmen zugrunde liegen. Diese Geldverschwendung wollen wir beenden. Die Ausrüstung der Bundeswehr muss auf ihre tatsächliche Aufgabe bei Stabilisierungseinsätzen im Dienste der UN ausgerichtet werden.

Erneuerung der transatlantischen Allianz

Mit der Wahl von Barack Obama eröffnet sich die Aussicht auf eine Erneuerung der transatlantischen Allianz auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene. Europa und die USA können nur gemeinsam - und eingebettet in gestärkte multilaterale Institutionen - Antworten auf die globalen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft finden. Die GRÜNEN wollen die positiven Impulse der Obama Regierung für eine Politik der globalen Abrüstung, einen Strategiewechsel in Afghanistan und den Dialog mit dem Iran aufgreifen und innerhalb einer erneuerten transatlantischen Allianz verstetigen. Wir wollen insbesondere die Chancen für eine transatlantische Partnerschaft für den Klimaschutz nutzen.

Abrüstungskrise überwinden – Atomwaffen abschaffen

Mit der Prager Rede von Barak Obama eröffnet sich eine neue Chance für eine Politik globaler Abrüstung. Wir wollen Deutschland und Europa zur treibenden Kraft bei Abrüstung und Rüstungskontrolle machen. Statt Aufrüstung und Konfrontation brauchen wir vertrauensbildende Maßnahmen und die Ratifizierung und Weiterentwicklung des Angepassten Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (AKSE). Hochgerüstete Bündnisse sind grundsätzlich problematisch; Rüstung wird von außen immer auch als potentielle Bedrohung gesehen und provoziert Gegenrüstung. Deutschland hat weltweit den sechstgrößten Rüstungsetat und ist drittgrößter Waffenexporteur. Wir wollen eine menschenrechtsorientierte, restriktive Rüstungsexportpolitik durchsetzen, mit mehr Transparenz, vollständiger Erfassung und Veröffentlichung, Verifizierung des Endverbleibs und parlamentarischer Kontrolle. Damit Rüstungslieferungen in Krisenregionen leichter als bisher unterbunden werden können, wollen wir Ausfuhrbürgschaften für Rüstungsexporte und den Genehmigungsanspruch auf die Ausfuhr von Rüstungsgütern abschaffen sowie Einstimmigkeit im Bundessicherheitsrat und ein Widerspruchsrecht des Bundestages einführen. Kleinwaffen sind Massenvernichtungswaffen unserer Zeit. Gerade sie stellen für Menschen in Krisengebieten eine der größten Bedrohungen dar. Der Handel mit ihnen muss wirksam eingedämmt und besser kontrolliert werden. Auch deshalb unterstützen wir ein internationales Waffenhandelsabkommen und die Einhaltung und Verschärfung des EU-Verhaltenskodexes für Waffenausfuhren. Das Verbot von Streumunition und Landminen soll weltweit gelten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Räumung der explosiven Kriegshinterlassenschaften und die Opferhilfe ausgeweitet und beschleunigt werden. Uranwaffen wirken unterschiedslos und treffen vor allem die Zivilbevölkerung. Deshalb wollen wir Uranmunition umfassend ächten.

Derzeit befinden wir uns an einer Wegscheide, an der sich entscheidet, ob es zu längst überfälligen, nuklearen Abrüstungsschritten kommt oder ob wir einen neuen Aufrüstungsschub mit ungeahnten Folgen erleben. Ohne eine entschlossene Initiative für nukleare Abrüstung wird die Welt künftig ein sehr gefährlicher Ort sein mit 20 bis 30 Atomwaffenstaaten. Die zahlreichen Überlegungen, den nuklearen Brennstoffkreislauf unter internationale Kontrolle zu bringen, gehen in die richtige Richtung und müssen weiterverfolgt werden. Wir wollen, dass die in Deutschland und Europa verbliebenen Atomwaffen endlich abgezogen werden und die nukleare Teilhabe beendet wird. Unser Ziel ist die Entnuklearisierung der NATO-Strategie. Gerade die Atomwaffenstaaten müssen allen Verpflichtungen aus dem Nichtweiterverbreitungsvertrag (NVV) und den vereinbarten Schritten zur nuklearen Abrüstung nachkommen. Deutschland und Europa müssen den nuklearen Abrüstungsprozess auch mit einseitigen Abrüstungsschritten voranbringen und dazu beitragen, dass die für 2010 anstehende Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag ein Erfolg wird. Wir drängen auf den Abschluss einer Konvention zum Verbot aller Nuklearwaffen. Unsere Vision ist und bleibt eine Welt ohne Atomwaffen.

Wer GRÜN wählt, ...

- ... wählt eine starke Stimme für Menschenrechte, Entwicklungspolitik und gerechte Globalisierung.
- ... stimmt für den Vorrang ziviler Konfliktbearbeitung.
- ... kämpft für globale Abrüstung, eine atomwaffenfreie Welt und die vollständige Ächtung von Streumunition.
- ... stimmt für die Abschaffung der Wehrpflicht.
- ... stärkt die Zivilmacht Europa in einer handlungsfähigen UN.